



Neues aus Niedersachsen - Unser Newsletter aus Hannover für die Region



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

das erste Quartal des neuen Jahres neigt sich dem Ende entgegen und das Osterfest rückt immer näher. Zeit für unseren dritten Newsletter im Jahr 2023, der Sie über die März-Ple-nartage der vergangenen Woche und weitere Themen informieren wird, die uns aktuell bewegen. Dass der vergan-gene Plenarabschnitt erneut nur zwei anstatt drei Tage lang war und nur ein Mindestmaß an Regierungsinitiativen beinhaltete, ist seit Monaten kaum nachzuvollziehen. In Zeiten, in denen Niedersachsen Fahrt aufnehmen muss, um wichtige Weichen zu stellen und den Anschluss nicht zu verpassen, lässt sich die Landesregierung nicht beirren und trottet weiter bekannten Wegen nach. Aus dem engagierten und ehrgeizigen Landesvater, den Stephan Weil zu gerne im Wahlkampf gegeben hat, ist aktuell wenig zu sehen.

Welche Schwerpunkte wir stattdessen gesetzt haben, können Sie auf den folgenden Seiten nachlesen.

Wir wünschen Ihnen ein schönes und sonniges Osterfest und einen fröh-lichen Besuch auf den Osterfeuern in der Region.

Herzliche Grüße!



CDU-Fraktion nimmt Zukunftsthemen in den Blick



Anfang des Monats ging es für die Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion zu einer dreitägigen Klausurtagung an die Thülsfelder Talsperre in den Landkreis Cloppenburg. Während der einzelnen Tagungsböcke beschäftigten sich die Parlamentarier mit den Zukunftsthemen Krankenhausreform, Geothermie, Bildung und Fachkräftemangel.

„Wir leben in unsicheren Zeiten mit vielen Herausforderungen, die wir angehen müssen und die Menschen erwarten von der Politik zu Recht Antworten. Als CDU-Landtagsfraktion arbeiten wir mit Zuversicht daran, dass wir die richtigen Lösungen für die Probleme in unserem Land entwickeln können“, so der Vorsitzende der Landtagsfraktion Sebastian Lechner.



Carina Herrmann und Sebastian Lechner

Lechner, der gemeinsam mit Carina Herrmann die Moderation übernommen

hatte, fasste am Ende wesentliche Beschlüsse der Klausur zusammen. So müsse Geothermie als Schlüssel-technologie für die Energiewende in Niedersachsen besonders in den Blick genommen werden und entsprechende Forschungsgelder bereitgestellt werden, erklärte der Fraktionsvorsitzende. Ebenso kritisierte er die vom Bund beschlossene Krankenhausreform als nicht ausreichend. Er forderte konkret, dass die Gesundheitsversorgung im ganzen Land gut erreichbar und spezialisiert sein müsse. Ebenso einen Schwerpunkt bildeten die Bildungs-politik und der Fachkräftemangel in Niedersachsen. Das Thema Fachkräf-tezuwanderung wurde insbesondere unter dem Aspekt einer Qualifizie-rungsoffensive für abgelehnte Asyl-bewerber intensiv beraten. Auch zum Lehrermangel und zur katastrophalen Unterrichtsversorgung wurde ein 10-Punkteplan erarbeitet, der klare Lösungsvorschläge enthält.

Das Rahmenprogramm der Klausur-tagung bildete unter anderem ein Besuch im Freilichtmuseum - Mu-seumsdorf Cloppenburg, das neben Ausstellungen auch viele Aktivitäten zum Mitmachen bereithielt.

Die Beschlüsse der Klausurtagung finden sie unter www.cdultnds.de



Was uns umtreibt...

Reaktivierung von Bahnstrecken darf keine Eintagsfliege werden

Schon zum zweiten Mal hat Marcel Scharrelmann in der vergangenen Woche beim Plenum zu einem Antrag der Regierungsfraktion zu Reaktivierungsvorhaben von Bahnstrecken in Niedersachsen gesprochen, der am vergangenen Donnerstag die Mehrheit im Landtag gefunden hat.

„Die Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens müssen künftig noch mehr von der Schiene profitieren. Mehr von uns sollen nicht nur „am Zug sein“, sondern „im Zug“ sitzen. Wenn es nicht weit bis zum nächsten Bahnhof ist, fällt der Umstieg von Auto und Rad auf die Bahn leichter“, erklärt Scharrelmann während der Plenarsitzung. Besondere Anliegen des Abgeordneten Scharrelmann sind die Strecken von Diepholz nach Nienburg und von

Bassum nach Bünde. Beide Strecken bieten Potenziale, die mit einer Reaktivierung gehoben werden können und neue Möglichkeiten für die Region bieten würden.

„Aber die vielen engagierten Bürgerinnen und Bürger, die sich für Reaktivierungen einsetzen, warten nicht auf den nächsten Lenkungsreis, nicht auf neue Gutachten. Sie wollen endlich in den Zug steigen und nicht nur am stillgelegten Gleis stehen. Gewissheit ist das Gebot der Stunde und diese muss durch standardisierte Verfahren ermöglicht werden“, so Scharrelmann in der abschließenden Besprechung des Themas im Landtag. Grundsätzlich begrüßte Scharrelmann in seiner Rede die Einigung hin zu einem gemeinsamen Änderungsantrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU, verwies aber auch auf Themen wie den Güterverkehr, die noch stärker Berücksichtigung finden müssten. „Jetzt müssen wir aufpassen, dass der Beschluss nicht als Absichtserklä-

rung in der Schublade landet, sondern tatsächlich weiterverfolgt und in den nächsten Jahren schrittweise umgesetzt wird“, so Scharrelmann abschließend.

Über die Wichtigkeit der Reaktivierung konnte sich Scharrelmann auch bei seinem Besuch bei Bürgermeister Patrick Bade (Sulingen) nochmals überzeugen, der ebenfalls mit Nachdruck für eine Reaktivierung wirbt.



Volker Meyer: Pflege im Mittelpunkt

Im Rahmen einer Anhörung mit Expertinnen und Experten aus Niedersachsen stellte die CDU-Landtagsfraktion das sozial- und gesellschaftspolitisch wichtige Thema Pflege in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Die aktuelle Pflegestatistik für Niedersachsen weist landesweit per 15.12.2021 insgesamt 542.904 Personen aus, die von Pflegebedürftigkeit betroffen sind. 120.217 pflegebedürftige Personen leben in stationären Pflegeheimen. Alle weiteren Pflegebedürftigen werden durch ambulante Dienste und Angehörige

versorgt. Die vorgesehenen Finanzierungsregelungen des vorliegenden Referentenentwurfes zum Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz - PUEG - werden abgelehnt, da die sachgerechte und für eine dauerhafte finanzielle Absicherung der sozialen Pflegeversicherung zwingend gebotene Refinanzierung versicherungsfremder Leistungen durch den Bund erneut unterbleibt.

Die neben dem erheblichen Anstieg der pflegebedingten Eigenanteile in der vollstationären Pflege bestehende

zusätzliche Belastung der Pflegebedürftigen durch Investitionskosten in der vollstationären Pflege betrug per 15.11.22 bundesweit 468 € monatlich, in Niedersachsen 558 €. Dies ist der dritthöchste Wert nach dem Saarland und Bremen. Darüber hinaus setzen wir und für eine Stärkung der Rolle und der Befugnisse von Pflegefachkräften ein. Die Verleihung erweiterter Kompetenzen ist notwendig für die Attraktivitätssteigerung des Pflegeberufes in seiner neuen generalistischen Ausprägung. Um langfristig eine sichere und nachhaltig bezahlbare Pflege sicherzustellen, werden wir uns in den nächsten Monaten für die Einführung einer einjährigen Pflegeassistentenausbildung einsetzen, ungelernte Kräfte, die langfristig erfolgreich in der Pflege tätig sind, als Pflegeassistentenkräfte anerkennen und den Einstieg des Landes in die Investitionskostenförderung fordern und die notwendigen Haushaltsmittel bereitstellen.





Bericht aus dem Landtag

Schepelmann: Scheunenfeten am Leben erhalten

Veranstaltungen auf dem Land wieder unkompliziert aber sicher möglich machen

„Besonders im ländlichen Raum ist das Zusammenleben der Gemeinschaft durch Veranstaltungen geprägt, die häufig in Scheunen oder ähnlichen Räumlichkeiten durchgeführt werden. Gerade die Landjugend oder Freiwillige Feuerwehren organisieren zum Beispiel zur Osterzeit die beliebten Osterfeuer sowie im weiteren Verlauf des Jahres große Scheunenfeten und weitere Veranstaltungen. Es geht aber auch um Erntedankfeste, Gottesdienste und sonstige Kulturveranstaltungen. Diese Veranstaltungen sind durch

Entscheidungen von Olaf Lies und der Landesregierung gefährdet“, so der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Jörn Schepelmann. In einem heute eingereichten Entschließungsantrag fordert die CDU-Fraktion, dass die Landesregierung den §47 NVStättVO wieder einführt oder eine vergleichbare Regelung in die Bauordnung aufnehmen solle. „In seiner Zeit als Umweltminister erklärte Olaf Lies bei der Abschaffung des §47, dass dies keine Auswirkungen auf die Scheunenfeten und Veranstaltungen der Dorfgemeinschaften haben werde, nur um dann zwei Tage später einen Erlass anzukündigen, der den Schaden begrenzen sollte. Allerdings hatte er damit keinen Erfolg“, so Schepelmann. Lies müsse aus dem Modus des Ankündigungsministers kommen und ins konkrete Handeln wechseln und nicht weiter die Verantwortung auf die Kommunen vor Ort abwälzen.



„Es ist möglich, Brandschutz und Scheunenfeten zu verknüpfen, ohne die Freiheit der Menschen weiter einzuschränken und die Arbeit der vielen Ehrenamtlichen zu behindern. Man muss es nur wollen“, so Schepelmann abschließend.



„Bei unserem Gesetzentwurf zur Förderschule Lernen geht es um tausende Schülerinnen und Schüler und deren Eltern in Niedersachsen. Und die Frage, ob man deren Anliegen ernst nimmt und den freien Willen der Eltern bei der Schulwahl akzeptiert“, so der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Christian Fühner in der Debatte um den Erhalt der Förderschule Lernen.

Fühner: Rot-Grün ignoriert Bedürfnisse tausender Schülerinnen und Schüler

Mit diesem Gesetzesentwurf gehe es der CDU-Fraktion vor allem darum, die Kinder in den Mittelpunkt zu stellen, die richtig große Probleme im inklusiven Schulsystem hätten: „Kinder, die auf eine Förderschule wechseln, weil sie sich in der Schule nicht wohlfühlen, weil es trotz Schulsozialarbeit oder Schulbegleitung zu Mobbing kommt, Kinder und Jugendliche, die nachts nicht schlafen können, weil sie Angst vor dem nächsten Schultag haben. Kinder, die sich zurückziehen und Kinder, die keine Freunde finden. Diesen Kindern wollen wir helfen und Rot-Grün hat dies heute abgelehnt“, so der Bildungspolitiker.

„Wenn die Abgeordneten von Rot-Grün den Kindern und Eltern in der Beratung zu unserem Gesetzentwurf zugehört hätten, dann wären sie niemals auf

die Idee kommen, diese Schulen zu schließen und damit den Kindern in Zukunft etwas zu rauben, was ihnen lieb und teuer ist“, so Fühner. Stattdessen habe die Regierungskoalition Gespräche abgesagt und einen ordentlichen und begründeten Anhörungswunsch im Ausschuss abgewiegelt. „Statt den Schülerinnen und Schülern echte Hilfe anzubieten, versündigen die Kultusministerin und die Regierungskoalition sich mit der Ablehnung des Gesetzesentwurfs lieber an ihnen, und das wegen ihrer ideologischen schulpolitischen Vorstellungen. Rot-Grün hätte heute Gelegenheit gehabt, Schaden von den betroffenen Kindern abzuwenden. Sie haben sich dagegen entschieden, dies ist mehr als bedauerlich“, so Fühner.



Unser Monat in Bildern

Wirtschaftsausschuss informiert sich bei NBank Niedersachsen



Jahreshauptversammlung der CDU Bassum mit Ehrungen



AK Europa zu Besuch in Brüssel



Treffen mit HVB aus dem Bezirk Hannover



Khosmanzar weiter in Haft



Jubiläum Palliativstützpunkt Sulingen



Besuch bei der Lebenshilfe Diepholz

